

# Presse-Information

P149/20  
3. März 2020

## **Energiewende, Infrastruktur, Logistik: Landesregierung und BASF-Vorstand diskutieren über den Standort Ludwigshafen**

Die rheinland-pfälzische Landesregierung und der Vorstand der BASF SE haben in Ludwigshafen über die Entwicklung der BASF und des Standorts Ludwigshafen beraten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die aktuelle wirtschaftliche Lage sowie die Themen Klimaschutz, Energieversorgung, Verkehr und Logistik, aber auch die Kooperation von Land und BASF im Bildungsbereich. Der Vorstandsvorsitzende der BASF SE, Dr. Martin Brudermüller, und Ministerpräsidentin Malu Dreyer betonten beide die Bedeutung dieser jährlichen Treffen.

„Angesichts der politischen Situation, Hass und Hetze von rechts, bedeutet es mir sehr viel, dass die BASF für Vielfalt und Weltoffenheit steht und dies ja auch ganz besonders in Ludwigshafen zeigt: in der Belegschaft, im sozialen und kulturellen Engagement“, erklärte die Ministerpräsidentin. Für viele gesellschaftliche Normen und Werte würden auch Unternehmen als Vorbilder gebraucht.

Konkrete Herausforderungen für den Standort Ludwigshafen sieht BASF etwa beim Thema Energie. Klimaschutz ist ein zentraler Pfeiler der Unternehmensstrategie, das ambitionierte Ziel: treibhausgasneutrales Wachstum bis 2030 und langfristig eine CO<sub>2</sub>-arme Chemieproduktion. Martin Brudermüller betonte, dass Wachstum und Klimaschutz einander nicht widersprechen: „Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen. Allerdings müssen jetzt die nötigen Weichen gestellt werden. Dazu zählen ganz wesentlich die Verfügbarkeit von ausreichenden Mengen an günstigem

Strom aus erneuerbaren Energien sowie der konsequente Netzausbau. Innovationen aus der Industrie sind Voraussetzung für erfolgreichen Klimaschutz. Ziel muss daher sein, den Wandel gemeinsam mit der Politik so zu gestalten, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland und Europa gesichert wird,“ so Brudermüller.

Die Landesregierung unterstützt das Anliegen der BASF, eine EEG-Umlagebefreiung künftig auch für Eigenstrom aus erneuerbaren Quellen zu erreichen. Umwelt- und Energieministerin Ulrike Höfken sagte: „Konzerne wie die BASF zeigen, dass Klimaschutz und erneuerbare Energien auf allen Ebenen gefordert sind. Denn beim Thema Energieversorgung gilt: Die Produktion von grünem Strom vor Ort steigert die Wertschöpfung in der Region und schützt das Klima. Davon profitieren alle: die Wirtschaft, die Kommunen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Bürgerinnen und Bürger und nachfolgende Generationen. Dieses Engagement von Unternehmen wie der BASF und deren innovative Triebkraft für mehr Klimaschutz darf nicht durch Hemmnisse der Bundesregierung gebremst werden.“

Breiten Raum nahmen auch die Themen Mobilität, Verkehr und Logistik ein. Angesichts der Situation rund um die Ludwigshafener Hochstraßen, aber auch mit Blick auf die langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Region, forderte Michael Heinz, Mitglied des Vorstands der BASF SE und Standortleiter, dass alle Beteiligten hierfür weiterhin an einem Strang ziehen. „Eine leistungsfähige Logistik ist entscheidend für Ludwigshafen und den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. BASF investiert massiv in neue, zukunftsfähige Strukturen. Es ist wichtig, dass auch die Politik die angestoßenen Initiativen, etwa die Abladeoptimierung im Mittelrheintal und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur weiter konsequent vorantreibt,“ so Heinz.

„Moderne Infrastruktur ist kein Luxus, sie ist eine Notwendigkeit“, sagte Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing. „Die Landesregierung steht in engem Austausch mit Bund und Kommunen, um die wichtigen und notwendigen Verkehrsprojekte in der Region voranzubringen. Die nun vorliegenden Gesetze zur Planungsbeschleunigung sowie das Maßnahmengesetz sind wichtige Bausteine, damit die Abladeoptimierung sowie der Ersatzneubau der Hochstraße zügiger umgesetzt werden können. Dies ist ein wichtiger und pragmatischer Schritt, um die Mobilität von Bürgern, die Logistik der Unternehmen und das Funktionieren

städtischen Lebens zu erhalten. Wir müssen als Staat handlungsfähig sein“, so Wissing.

Wichtiges Gesprächsthema war ferner die Zusammenarbeit im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). BASF ist hier bereits auf vielfältige Art und Weise engagiert. Landesregierung und BASF kamen überein, die Kooperation künftig sowohl in der schulischen Bildung aber auch bei der Berufs- und Studienorientierung und der dualen Ausbildung zu intensivieren.